19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tobias Schulze (LINKE)

vom 3. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 4. Februar 2025)

zum Thema:

Umsetzung Tarifvertrag Hauptstadtzulage - auch für Anwender

und **Antwort** vom 14. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Februar 2025)

Senatsverwaltung für Finanzen

Herrn Abgeordneten Tobias Schulze (LINKE)

über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21555

vom 3. Februar 2025

über Umsetzung Tarifvertrag Hauptstadtzulage - auch für Anwender

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Rechtseinschätzungen (intern und extern) liegen dem Senat zum Wirkungsbereich des Tarifvertrags Hauptstadtzulage (TV Hauptstadtzulage) vor?

Zu 1.: Der TV Hauptstadtzulage gilt für die Beschäftigten und auszubildenden Personen, die in einem Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnis zum Land Berlin stehen, soweit sie von dem Geltungsbereich eines der in seinem § 1 Buchstaben a bis g genannten Tarifvertrages erfasst sind. Für eine darüber hinausgehende Rechtseinschätzung zu dieser Frage besteht seitens des Senats mangels tariflicher Regelungskompetenz für Arbeitgeber außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung kein Anlass.

2. Handelt es sich nach Auffassung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, in der das Land Berlin Mitglied ist, beim TV Hauptstadtzulage um einen ergänzenden Tarifvertrag?

Zu 2.: Der TV Hauptstadtzulage ist ein von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für sein Mitgliedsland Berlin geschlossener Tarifvertrag mit dem in der Antwort zu Frage 1 beschriebenen Geltungsbereich. Darüber hinaus ist es für die TdL mangels Relevanz nicht erforderlich, sich eine Rechtsauffassung zu dieser Frage zu bilden.

3. Welche Schritte unternimmt der Senat zur Umsetzung der tariflichen Regelung des Tarifvertrages Hauptstadtzulage?

Zu 3.: Der Tarifvertrag über die Gewährung einer Hauptstadtzulage wurde mit Rundschreiben IV Nr. 31/2024 vom 21. November 2024 bekanntgegeben und wird von den Dienststellen der unmittelbaren Landesverwaltung Berlins umgesetzt.

Berlin, den 14. Februar 2025

In Vertretung

Wolfgang Schyrocki
Senatsverwaltung für Finanzen